

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Kerstin Celina

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Jan Schiffers

Abg. Susann Enders

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Julika Sandt

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien jetzt stärken! (Drs. 18/16397)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die bundesweite COPSYS-Studie belegt, was uns GRÜNEN schon lange klar war: Die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen hat sich in der Pandemie deutlich verschlechtert.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie klagen über vermehrte psychosomatische Beschwerden, und das Risiko für psychische Auffälligkeiten ist von 18 % auf 30 % gestiegen.

Damit das klar ist: Nicht jedem Jugendlichen geht es schlecht. Viele erweisen sich als erstaunlich tough und anpassungsfähig. Sie machen ihr Ding, sie lernen selbstständig und kompensieren das, was nicht geht, durch anderes, was geht. – Kompliment, ihr jungen Leute! Ich ziehe meinen Hut vor euch! Ihr jungen Leute seid klasse, und das wird euch leider viel zu selten gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die anderen, die schon vor Corona ängstlich und traurig und einsam waren, sind jetzt noch trauriger und noch ängstlicher und noch einsamer. Sie rutschen leichter in einen psychisch labilen Zustand ab und brauchen unsere Hilfe.

Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, wenn ein 11-Jähriger über Monate hinweg keine Schule hat und den ganzen Tag allein zu Hause ist, weil die Eltern als

Handwerkerin oder Handwerker, in der Bäckerei, im Supermarkt, bei Lieferdiensten oder sonst wo arbeiten und außer Haus sind? Was diese Einsamkeit und Angst und Traurigkeit konkret bedeutet, kann man im Corona-Tagebuch einer 9. Klasse nachlesen.

Coco schreibt zum Beispiel: Diese Situation macht mir langsam Angst.

Mia: Und dann gibt es noch diese spezielle Sorte von Rentnern, die dich abfällig anschaut, weil du ein junger Mensch bist. – Die sollen sie ja meiden.

Sarah: Ich habe von meinen besten Freunden geträumt und war traurig, als ich aufgewacht bin.

Judith: Ich war mit einem Freund draußen, um mal einen normalen Tag zu verbringen. Wir haben Basketball gespielt, mussten dann aber schnell runter vom Platz, weil eine Polizeistreife kam.

Lia: Hausaufgaben, essen, Hausaufgaben, essen, schlafen gehen. Ich bin seit über einem Monat nicht mehr draußen gewesen.

Tasha: Meine Schwester fängt manchmal grundlos an zu weinen.

Die Probleme der Kinder und Jugendlichen, diese Probleme, die ich Ihnen gerade geschildert habe, sind unsere politischen Herausforderungen. Es ärgert mich massiv, dass Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN sich als Regierungsfractionen nicht adäquat damit auseinandersetzen. In Ihrer Priorität rangiert die Öffnung von Baumärkten vor der Öffnung von Schulen. Bis heute haben Sie als Regierungsfractionen noch nicht ein einziges Mal öffentlich gesagt: Es tut uns leid, dass wir die Probleme von Kindern und Jugendlichen lange nicht gesehen haben. – Sie haben noch nie öffentlich anerkannt, dass fast ein Drittel der Kinder infolge der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten und Störungen leidet. Jugendliche und junge Erwachsene trinken mehr Alkohol, rauchen häufiger. Und was bieten Sie an? – Weniger Schulaufgaben für alle. Sorry, liebe Leute, das reicht nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben Ihnen immer wieder konkrete Vorschläge gemacht, um die psychosomatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, so beispielsweise mit unserem Antrag, die psychosomatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen flächendeckend sicherzustellen. Diesen hatten wir schon vor Corona gestellt. Hätten Sie sich damals mit uns auf den Weg gemacht, hätten unsere Kinder und Jugendlichen jetzt bessere Voraussetzungen, eine adäquate Versorgung zu bekommen. Oder nehmen Sie unsere Anträge für eine Offensive für den Kinderschutz, für eine starke psychiatrische Versorgung, oder Kindern und Jugendlichen in der Pandemie jetzt Vorrang zu geben und Gesundheit und Wohlergehen zu sichern. Sie waren voll mit konkreten Vorschlägen, die Sie nur umsetzen müssten.

Stattdessen haben Sie Baumärkte, Biergärten und Restaurants geöffnet, das Arbeitsleben nicht, aber Schule, Freizeit und Kontakte von Kindern und Jugendlichen massiv eingeschränkt. Es ist doch schon jetzt absehbar: Sollte nach den Sommerferien eine vierte Welle kommen, werden Schulen, Freizeit und Kontakte von Kindern und Jugendlichen von Ihnen als Erstes wieder eingeschränkt werden.

Nach all den Anträgen von uns, nach vielen Diskussionen im Plenum und im Ausschuss fordere ich Sie heute und hier erneut auf: Tun Sie endlich etwas für die bessere Versorgung von psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen! Werden Sie konkret, stimmen Sie unserem Antrag zu, und setzen Sie sich ein für Familienberatungsstellen, Krisendienste, Nothilfe-Hotlines, für Online-Angebote und Zugriff auf Dolmetscherdienste, für ausreichende Beratungsangebote an Schulen für Schülerinnen und Schüler, die unter hoher psychischer Belastung leiden, für eine breite Thematisierung verschiedener Aspekte psychischer Gesundheit, für Suchtberatung von Jugendlichen an den Schulen noch vor den Sommerferien! Denn genau damit verbessern wir die Lage der besonders belasteten Kinder und Jugendlichen. Ihre schönen Worte ohne konkrete Taten helfen dagegen nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona hat mannigfache Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, auch auf die psychische Gesundheit. Hier legen die GRÜNEN mit ihrem Dringlichkeitsantrag zu Recht den Finger in die Wunde; denn Corona lässt die Probleme wie unter einem Brennglas sichtbar werden. Psychische Belastungen gab es auch schon vor Corona: Einsamkeit, belastete Beziehungen zwischen Menschen in und außerhalb der Familie, psychische Auffälligkeiten und Erkrankungen etc.

Die Naturkatastrophe Corona hat dies alles noch verstärkt – auch und gerade aufgrund der Maßnahmen, die wir zur Eindämmung des Virus ergreifen mussten, etwa die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung oder die Kontaktbeschränkungen. Für Kinder ist es besonders misslich, wenn sie ihre Freunde nicht mehr einfach so treffen können.

Wir hatten uns aber bereits vor der Pandemie mit Hilfen für psychisch belastete Situationen befasst, nämlich in unserem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, dem gesundheitspolitisch legislativen Filetstück der letzten Legislaturperiode. Dieses Gesetz bietet auch für das Corona-Umfeld gute Ansätze und Lösungen. Das PsychKHG ist gerade kein Schönwettergesetz. Die Pandemie war und ist dennoch eine Bewährungsprobe auch für das PsychKHG. Ich meine, dieses Gesetz hat sich bewährt.

Frau Celina, ich sehe keinen Grund dafür, dass Sie sich hier so über die Regierungsfaktionen echauffieren. Sie tun gerade so, als wäre überhaupt nichts passiert. Offenbar müssen Sie sich erst mit dem befassen, was alles möglich ist und was passiert ist. Diese Larmoyanz kann ich nicht ertragen.

(Beifall bei der CSU)

Mit Ihrem Antrag fordern Sie diverse Maßnahmen, die in der Schule ansetzen. Darauf wird später der Kollege Prof. Dr. Waschler eingehen. Sie fordern aber auch eine Stärkung der Familienberatungsstellen, der Krisendienste und der Nothilfe-Hotlines auch durch Online-Angebote sowie den Zugriff auf Dolmetscherdienste sowohl für Fremdsprachen als auch für Gebärdensprache. Dazu kann ich nur sagen: Soweit dies sinnvoll und praktikabel ist, passiert das bereits, so etwa bei den Familienberatungsstellen. Niedrigschwellige Unterstützungsangebote sind aktuell besonders wichtig, da der Bedarf daran stark gestiegen ist. Familien, die das nötig haben, sind gleichzeitig schwerer zu erreichen. Deshalb stärken wir die 120 Hauptstandorte der Erziehungsberatungsstellen in Bayern mit zusätzlichen Stellen. Gerade die aufsuchenden Hilfen werden dabei ausgebaut.

Zur Forderung nach einer Stärkung der Krisendienste: Spätestens in zwei Wochen, am 1. Juli, werden die Krisendienste mindestens auch für die Abende, für Wochenenden und für Feiertage an den Start gehen. Das PsychKHG nennt den 1. Juli 2021 explizit als Startdatum. Die Leitstellen werden vom Freistaat finanziert. Die mobilen Teams, die vor Ort ausrücken können – wenn Sie so wollen, die Notärzte für die Psyche –, werden von den Bezirken gestellt. Manche Bezirke, so etwa Oberbayern, bieten bereits jetzt ein Rund-um-die-Uhr-Paket an. Auch nachts stehen hier Expertinnen und Experten bereit – immer zu zweit –, die innerhalb einer Stunde bei der belasteten Person sind.

Die Dolmetscherdienste sind in der Praxis gar nicht so leicht zu organisieren. Hier werden gerade Modelle mittels digitaler Übersetzungstools erprobt. Fakt ist aber: neben den Betroffenen müssen beide Experten des mobilen Teams dem Gespräch folgen können. Durch mangelnde Sprachkenntnisse darf nicht einer von beiden exkludiert werden. Es geht ja auch um Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen. Ich meine, es geht nicht um noch mehr Angebote, sondern es geht um die Koordinierung der bestehenden Angebote sowie um eine gesteigerte Bekanntheit dieser Angebote.

Deshalb hier ein Werbeblock für die 0800/655 3000, die Krisendienst-Hotline in ganz Bayern.

Fazit: Im Bereich der Familienberatung und der Krisendienste gibt es keinen Nachholbedarf. Alles Nötige wird hier getan. Deshalb gehen die Forderungen im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ins Leere. Wir lehnen deshalb den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Seidenath, es gibt noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kerstin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Seidenath, ich bin angenehm davon überrascht, dass Sie das Thema genauso für dringlich erachten wie wir. Sie sagten, dass wir den Finger in die Wunde legen. Sie haben das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz erwähnt. Seit weit über einem Jahr haben wir Corona. Ich frage mich, ob wir unter den Umständen mit der Planung eines Krisendienstes nicht etwas schneller hätten vorgehen können. Das Gesetz wurde bereits 2018 verabschiedet. Das sage ich auch explizit im Hinblick auf das, was Gesundheitsminister Holetschek heute bei der Gesundheitsministerkonferenz verkündet hat, eine Enquete-Kommission "Kindergesundheit in der Pandemie" einzurichten. Genau das hatten wir im Rahmen unserer Corona-Kommission als einen Punkt schon vor einem Jahr gefordert. Damit hat sich die CSU aber nicht beschäftigt. Finden Sie nicht, dass Sie doch etwas lang gewartet haben?

Bernhard Seidenath (CSU): Liebe Frau Kollegin, Sie sind eine Spezialistin darin, bei jedem noch so guten Ansatz ein Haar in der Suppe zu finden. Darin sind Sie großartig. Ich weiß nicht, ob das an selektiver Wahrnehmung liegt, Sie nicht immer alles zur Kenntnis nehmen, was passiert, oder ob es böser Wille ist. Keine Ahnung!

Jedenfalls noch einmal zum PsychKHG: Mit diesem Gesetz, einem so großen Tanker, haben wir 2018 nach langer Vorarbeit einen echten Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben Jahre und Jahrzehnte dafür gekämpft. Unsere Vorgänger – ich denke an

Joachim Unterländer und Hermann Imhof – haben sich massiv für diesen Paradigmenwechsel eingesetzt und erreicht, dass auch die Bezirke mitmachen. Ohne Bezirketagspräsident Josef Mederer hätten wir heute noch kein PsychKHG. Viele Bezirke, so zum Beispiel München, Mittelfranken und ganz Oberbayern, haben schon Krisendienste eingerichtet. Die anderen Bezirke kommen zum 1. Juli 2021, also in zwei Wochen, dazu. Es gibt keinen Grund, schon zwei Wochen vor dem Start einer großen Maßnahme zu jammern, dass es schlecht sei. Frau Celina, es tut mir leid, so nicht!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Jan Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ministerpräsident Markus Söder erklärte in seiner Rede am politischen Aschermittwoch vor rund vier Monaten medienwirksam, er wolle die Belange der Kinder und Jugendlichen stärker in den Blick nehmen, einen Kindergipfel ausrichten und dies zur Chefsache machen. Der Kindergipfel hat mittlerweile stattgefunden. Die Situation der Kinder und Jugendlichen im Freistaat Bayern ist aber nicht besser geworden. Im Gegenteil: heiße Luft, große Show und überschaubare konkrete Maßnahmen. So könnte man das Ganze zusammenfassen.

(Beifall bei der AfD)

Dass die Staatsregierung dem Thema keine wirkliche Bedeutung zumisst, zeigt sich im Übrigen auch daran, dass CSU und FREIE WÄHLER es heute nicht fertiggebracht haben, sich auf einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Maskenpflicht an Schulen zu einigen. Ganz besonders gravierend wirkt sich aus, dass die Staatsregierung und allen voran der Ministerpräsident seit Auftreten der ersten Corona-Fälle ein Klima der Angst verbreitet haben. Panikstimulation statt umsichtigen Krisenmanagements war

offenbar die Devise der Staatsregierung in den letzten Monaten. Jugendliche äußern vermehrt Zukunftsängste. Sicherheit, Halt und Austausch fehlen, Depressionen und psychische Belastungen steigen – so heißt es zutreffend in der Begründung des vorliegenden Antrags. Das ist aber bei der Rhetorik und der Angstmacherei, die unser Ministerpräsident betreibt, kein Wunder. Gerade Kinder und Jugendliche sind für solche verhängnisvollen Botschaften empfänglich. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen genau das Gegenteil: einen positiven Blick nach vorne und Zuversicht, dass sich Probleme lösen lassen und Krisen überstanden werden.

Vor diesem Hintergrund ist der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN grundsätzlich berechtigt. Der Antrag thematisiert viele wichtige Bereiche, die seit langer Zeit von der Staatsregierung sträflich vernachlässigt wurden. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die bestehenden Probleme der Kinder und Jugendlichen in allererster Linie auf einer grundsätzlich verfehlten Corona-Politik beruhen, die auch von den GRÜNEN im Bund und im Freistaat grundsätzlich mitgetragen wird. Aus diesem Grund können wir dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten.

Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen, um körperlich und psychisch gesund zu bleiben, die Rückkehr zur Normalität: Treffen mit Freunden, Sport im Verein, geregelter Schulunterricht ohne Maskenpflicht. Genau das ist es, was unsere Kinder brauchen. Die nach wie vor bestehenden massiven Einschränkungen des normalen Lebens sind, Stand heute, keinesfalls gerechtfertigt und müssen umgehend aufgehoben werden.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Enders, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien jetzt stärken!" – ein Antrag, den es in dieser Form bereits von uns, den Regierungs-

fraktionen, gab. Ich nutze gerne die Gelegenheit, um Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, darzustellen, was die Bayerische Staatsregierung bereits unternimmt und was Sie anscheinend noch nicht mitbekommen haben.

Nach einem von uns angeschobenen Ministerratsbeschluss vom 11. Februar 2021 gibt es in Bayern ein Unterstützungskonzept für Kinder und Jugendliche; denn die corona-bedingten Einschränkungen betreffen – das ist die traurige Wahrheit – ganz besonders unsere Kinder und Jugendlichen. Diese konkreten Auswirkungen werden untersucht und soweit möglich durch ergänzende gesundheits-, sozial-, jugend- und bildungspolitische Maßnahmen aufgefangen. Bayern hat dann in Abstimmung mit den weiteren fachlich betroffenen Ressorts ein Konzept erarbeitet, wie Kinder und Jugendliche gezielt unterstützt werden können.

Es gibt Hilfen für besonders belastete Familien. Wir bauen diese aus. Besonders auch Eltern trifft es hier; denn die Belastung stieg im vergangenen Jahr massiv an. Vielen Dank an die Eltern und an die Familien, dass sie so tapfer waren und die Belastungen, die Corona uns gebracht hat, durchgehalten haben! Die Stärkung der Strukturen der Erziehungsberatungsstellen war uns besonders wichtig, und gerade in der Krise müssen wir Hilfe bei familiären Problemen und Konflikten und psychischen Belastungen bieten, und zwar rechtzeitig. Ja, die häusliche Gewalt hat zugenommen. Aber zur bitteren Wahrheit gehört auch, dass bereits vor Corona Hilfseinrichtungen aufgrund der hohen Nachfrage an ihre Belastbarkeitsgrenzen gebracht wurden.

Wir, die Regierungsfraktion der FREIEN WÄHLER, denken über Corona hinaus. Es geht nicht um kurzfristige und schnell verflogene Hilfen. Es geht darum, psychische und physische Belastungen von Kindern und Familien gänzlich zu verhindern und Angebote zur Verfügung zu stellen, sollte es doch dazu kommen. Um dieses Ziel effektiv zu erreichen, sollen die 120 Erziehungsberatungsstellen, die Hauptstandorte, noch im Jahr 2021 sowie 2022 gestärkt werden, damit wir das Ausbauziel von einer geförder-ten Stelle je Standort erreichen können.

Zudem ist es erforderlich, die Bekanntheit der Angebote der Erziehungsberatungsstellen zum Beispiel bei allen Familien in Bayern weiter zu steigern. Da können wir alle, auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, helfen und anpacken. Schreiben Sie keine Anträge, die wir schon hatten, sondern bringen Sie die Angebote, die die Bayerische Staatsregierung bereits zur Verfügung stellt, an die Menschen, an die Familien!

Wir beschleunigen das Ausbautempo in der Jugendsozialarbeit an Schulen. Mit der Jugendsozialarbeit – aktuell gibt es 1.000 Stellen für Fachkräfte an rund 1.330 Einsatzorten – werden diese jungen Menschen bereits jetzt gezielt und individuell unterstützt und gefördert. Der Haushalt 2021 sieht vor, gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten diese Arbeit noch deutlich auszubauen.

Der Antrag kommt zu spät und befasst sich nicht mit der Gesamtheit des Themas. Daher lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Arif Tasdelen von der Fraktion der SPD. Herr Tasdelen, bitte.

Arif Tasdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Verlierer dieser Pandemie sind tatsächlich insbesondere Kinder und Jugendliche gewesen. Sie haben auf Vieles verzichten müssen. Ihre Eltern haben wenig Verständnis, insbesondere auch von manchen Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, erfahren. Man muss sich vorstellen, dass Kinder nicht in die Schule gehen, die Eltern im Homeoffice arbeiten und zwischen Kind, PC, Homeschooling, Online-Unterricht etc. hin und her pendeln. Sie waren tatsächlich sehr belastet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es eine Personengruppe gibt, bei der sich die Politik nach dieser Corona-Krise zu entschuldigen hat, dann sind es in erster Linie Kinder und Jugendliche und ihre Familien. Meine Tochter hat vor einem halben Jahr – da

war sie noch zweieinhalb Jahre alt – mit ihrer älteren Schwester geredet, und ich habe sie sagen hören: Magst du mit mir spielen? Ich habe doch sonst keine Freunde. – Ich glaube, das sollte uns auch insgesamt zum Nachdenken anregen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Da wurde in diesem Hohen Haus einiges versäumt. Ich schaue rüber zum Platz unseres Kultusministers. Über Abwesende soll man ja nicht reden, aber es bleibt mir leider nichts anderes übrig. Auch unser Kultusminister hat dazu beigetragen, dass Kinder und Jugendliche noch zusätzlich belastet wurden. Ich erinnere daran, dass Ministerialerlasse am Freitag in der Schule ankommen, die Schule nicht weiß, was am Montag los ist, die Eltern zusätzlich belastet werden und die Kinder nicht wissen, was am Montag Sache ist. Das ist eine zusätzliche Belastung.

Herr Staatsminister Florian Herrmann, wir haben heute in der Fragestunde gehört, dass Sie die Frage unseres Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn, warum die Maskenpflicht im Klassenzimmer sein müsse, mit der Schulpflicht beantwortet haben. Daran sieht man, dass Sie sich mit diesem Thema gar nicht so großartig befassen.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich kurz auf den Antrag zurückkommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn ich zu Hause wäre und auf der Couch im Wohnzimmer sitzen würde, würde ich sagen: sinnvoller Antrag. – Wir sind hier aber im Parlament. Im Parlament müssen Sie schon etwas konkreter werden. Angesichts der abgelaufenen Redezeit kann ich jetzt leider nicht konkreter werden. Aber hier handelt es sich tatsächlich um einen Schaufensterantrag. Sie müssten schon konkrete Forderungen stellen. Deshalb werden wir als SPD Ihrem Antrag nicht zustimmen, sondern werden uns enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Vor der nächsten Rednerin darf ich noch bekannt geben: Die namentlichen Abstimmungen finden nun in herkömmlicher Form statt. Das heißt, Sie finden draußen in Ihren Fächern die Stimmkartentaschen. Ich bitte Sie, diese dann zeitig zu holen. Wir werden, nachdem wir über diesen Dringlichkeitsantrag abgestimmt haben, die beiden namentlichen Abstimmungen durchführen. – Das Wort hat nun die Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen kann man jetzt ohne Maske im Biergarten sitzen. Aber welchen Druck mussten wir machen, damit Kinder seit heute endlich in der Mittagsbetreuung oder in den Horten bei diesen Temperaturen – getestete Kinder – ohne Maske rumlaufen dürfen! Das sagt viel darüber aus, welchen Stellenwert in der Bayerischen Staatsregierung das Bier hat und welchen Stellenwert die Kinder haben. Die CSU hält weiter stur daran fest, dass getestete Kinder in der Schule Maske tragen müssen. Im Wirtshaus dürfen alle ohne Maske sitzen.

(Zuruf)

Ich möchte einmal wissen, was dafür die wissenschaftliche Grundlage ist, oder ob Sie glauben, dass das Bier das Virus abtötet. Es ist völlig absurd. Man könnte mit den Kindern im Hofbräuhaus oder im lokalen Wirtshaus Unterricht abhalten. Ich muss sagen: Ihnen liegen die Kinder einfach weniger am Herzen.

Monatelang waren alle Bereiche geschlossen, wo es Strukturen gibt, an die sich Kinder mit psychischen Belastungen wenden können. Die psychischen Belastungen haben sich verdoppelt, und zuletzt schockierten Nachrichten über Triage in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Herr Seidenath. – Wo ist er eigentlich? – Das heißt, es werden nur noch suizidgefährdete Kinder behandelt und Kinder mit Depressionen nicht mehr. Da sagen Sie, es sei Larmoyanz, wenn die GRÜNEN vorschlagen, mehr zu tun. Sie sagen, Sie täten so viel. Sie nehmen diese Triage in Kauf. Sie sollten sich dafür wirklich schämen.

Der Antrag der GRÜNEN geht in eine absolut richtige Richtung. Wir stimmen ihm zu. Wir brauchen Nothilfe-Hotlines, mehr Therapieplätze, mehr Schulpsychologen, mehr Berücksichtigung psychischer Gesundheit in den Lehrplänen. Das sind erste wichtige Schritte. Der Weg ist noch lang. Ich wünsche mir sehr, dass wir auf dem Weg auch die Kinder und Jugendlichen selbst mitnehmen und mehr Jugendbeteiligung schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle eingangs fest, dass die GRÜNEN zwar ein wichtiges und richtiges Thema gewählt haben, aber ich weise mit Nachdruck zurück, dass die Regierungskoalitionäre die Probleme nicht sähen. Das Gegenteil ist der Fall. Kollege Taşdelen hat vollkommen recht: Es ist ein Schaufensterantrag.

Ich möchte begründen, weshalb wir den Antrag ablehnen. Wir lehnen ihn ab, weil es eine Vielfalt an Unterstützungsangeboten gibt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Unterstützungsangebote werden umfänglich genutzt. Kollegin Enders hat darauf hingewiesen, welche Beratungsstellen angeboten werden. Ich darf den schulischen Bereich ganz kurz so beleuchten, dass ich die den schulischen Bereich betreffenden Spiegelstriche des Dringlichkeitsantrags systematisch abarbeite.

Im zweiten Spiegelstrich wird auf die Notwendigkeit ausreichender Beratungsangebote für Schülerinnen und Schüler in den Schulen hingewiesen. Hier stelle ich fest: Das ist positiv erledigt. Es gibt eine Verlautbarung und ein Schreiben, das allen Schulen und Eltern zugegangen ist. Die Schulfamilie weiß Bescheid. Unter "gemeinsam.Brücken.bauen" wird auf die Stärkung der pädagogisch-psychologischen Beratung ausdrücklich hingewiesen, und zwar genau auf die coronabedingten Punkte, die der Behebung harren. An allen Schulen sowie auf der Homepage des Kultusministeriums gibt es eine Übersicht über inner- und außerschulische Hilfsangebote bei psychischen

Erkrankungen. Ich weise aufgrund der Kürze der Zeit auf die entsprechenden Internetangebote hin: "<https://www.km.bayern.de/eltern/meldung/6941/hier-finden-schueler-und-eltern-beratungsangebote-und-unterstuetzung.html>".

Wenn man das relativ einfach gefunden hat, dann weiß man, dass eine ganze Menge angeboten wird. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Schulfamilie können das die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend nutzen. Sie machen das ausgezeichnet. Sie sind dafür ausgebildet. Ihnen darf ich an dieser Stelle ausdrücklich für ihre hervorragende Arbeit, nicht nur in der Pandemie, aber ganz besonders in diesen schwierigen Tagen, Wochen und Monaten danken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie kennen die Schülerinnen und Schüler mit ihren Problemlagen. Auch im Distanzunterricht kann man entsprechend reagieren und die entsprechenden Schritte einleiten. Zusätzlich stehen Verbindungslehrkräfte als besondere Vertrauenspersonen zur Verfügung. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, zu sagen, hier würden keine Hilfsangebote gegeben, ist bei diesem Spiegelstrich schon einmal falsch.

Beim dritten Spiegelstrich geht es um die breite Thematisierung verschiedener Aspekte psychischer Gesundheit und psychischer Überlastung an den Schulen. Tatsache ist, dass man die Schüler immer dort abholen muss, wo sie sich befinden. Wenn also Hilfsangebote notwendig sind, dann können die Lehrer auch hier entsprechend ansetzen. Im Kern geht es um die Stärkung der Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler. Hier möge man einfach einen Blick ins Internetangebot werfen. Dort ist unter "www.lehrplanplus.bayern.de" eine Vielfalt an Inhalten vernetzt. Wenn die Schulen das vor Ort machen wollten, dann könnten sie auch unter "www.ggs.bayern.de" am Landesprogramm für eine gute gesunde Schule teilnehmen; denn genau dort findet man – wenn man das machen möchte, was die verantwortlichen Personen in der Schulfamilie vor Ort entscheiden – eine große Angebotspalette, in die man hineingreifen kann.

In der Kürze der Zeit und damit auf der Zielgeraden zum vierten Spiegelstrich: Dort wird unter – ich zitiere – "Suchtberatung für Jugendliche noch vor den Sommerferien an allen Schulen durchführen" suggeriert, dass es hierzu nichts gäbe. Ich sage erneut: Das Gegenteil ist der Fall. Schulische Suchtprävention erfolgt gemäß den Richtlinien des Ministeriums zur Suchtprävention. Man möge wiederum ins Internet schauen. Unter "<https://www.lehrplanplus.bayern.de/sixcms/media.php/71/KmBek%20Suchtpraevension.pdf>" ist ein hervorragendes Angebot zu sehen. Wendet man ein, das sei nur im Internet oder auf dem Papier gelistet, dann bitte ich darauf zu achten, dass es im Rahmen der staatlichen Schulberatung, im Rahmen der Beteiligung der Beratungslehrkräfte und der Schulpsychologinnen und -psychologen an den Schulen vor Ort genügend Hilfsmöglichkeiten gibt, um im Einzelfall noch einmal detailliert nachzufragen.

Fazit: klare Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Kollege Taşdelen hat es vollkommen richtig gesagt: Es ist ein Schaufensterantrag. Der Antrag ist inhaltlich erfüllt, damit obsolet und die Ablehnung die konsequente Haltung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Prof. Dr. Waschler. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf der Drucksache 18/16397 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen! – Die Fraktionen der AfD und der SPD sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über die beiden vorangegangenen Dringlichkeitsanträge. Die Offiziantinnen und Offizianten werden mit einem Kuvert

durch die Reihen gehen. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarte entsprechend einzuwerfen. Bitte bleiben Sie in dieser Zeit am Platz sitzen, sonst bekommen wir ein Problem und kriegen das nicht auf die Reihe. Wir werden in der ersten Runde eine Abstimmungszeit von fünf Minuten haben.

Wir stimmen nun über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf der Drucksache 18/16396 ab. Die Abstimmung ist eröffnet. – Haben alle Kollegen und Abgeordneten ihre Stimmen abgegeben? – Es besteht noch die letzte Gelegenheit, bei unseren Offiziant*innen, die vor allem hinten stehen, die Stimme abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 17:48 bis 17:53 Uhr)

Damit ist diese namentliche Abstimmung geschlossen.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung. Nachdem es so gut lief, machen wir das jetzt in vier Minuten. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/16421. Die Offiziant*innen gehen wieder durch die Reihen. Die Abstimmung ist eröffnet. – Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarten abgegeben? – Sonst besteht noch die Möglichkeit dazu bei unseren Offizianten und Offiziantinnen.

(Namentliche Abstimmung von 17:54 bis 17:58 Uhr)

Damit erkläre ich die Abstimmung für beendet. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt, und das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen weiter in unserem Programm. Ich bitte Sie, auch wieder die Plätze einzunehmen.